

■ Geldpolitik: Keine Krisenlösung ohne EZB	2
■ Arbeitsmarkt: Kündigungsschutz hilft über die Krise hinaus	3
■ Lohnpolitik: Angemessener Mindestlohn – Orientierungsmarken gibt es schon	4
■ Gender: Die Sache mit dem Einparken – Hirnforschung jenseits von Rollenklischees	6
■ TrendTableau	8

EUROKRISE

Sparkurs gefährdet Konsolidierung

Das Sparprogramm für Griechenland wird dessen Wirtschaft über Jahre bremsen. Warum, macht das IMK mit einer Übertragung auf deutsche Verhältnisse deutlich.

Zu einem entschlossenen Konsolidierungskurs gibt es in Griechenland keine Alternative, so das IMK. Doch die von der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank geforderten Einsparungen haben so massive Nebenwirkungen auf die Konjunktur, dass der Konsolidierungserfolg gefährdet sei.* „Sparen ist wichtig, aber kein Selbstzweck. Es ist kaum möglich, das Haushaltsdefizit nachhaltig zu reduzieren, wenn gleichzeitig die Wirtschaft schrumpft“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK.

Griechenland verletzt die Defizit-Vorgaben der Troika. Das aber führt das IMK nicht in erster Linie auf fehlende Sparanstrengungen zurück, sondern darauf, dass die Troika die Auswirkungen des Sparkurses unterschätzt hat. So rechnete die Troika für 2011 zunächst mit einem Rückgang des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,6 Prozent. Aktuelle Prognosen gehen hingegen davon aus, dass das griechische BIP in diesem Jahr um mindestens 5 Prozent schrumpft und auch 2012 zurückgeht.

Warum der Sparkurs derart hart durchschlägt, wird deutlicher, wenn man ihn näherungsweise auf deutsche Verhältnisse umrechnet. IMK-Experte Henner Will hat das getan. Von 2010 bis 2014 muss der griechische Staat 52 Milliarden Euro einsparen oder durch höhere Steuern erwirtschaften. Das entspricht knapp 23 Prozent des BIP. Für Deutschland hieße das: Rund 500 Milliarden Euro Konsolidierung in fünf Jahren. Das ist fast so viel, wie Bund und Länder 2010 insgesamt an Haushaltsvolumen hatten (590 Milliarden). Müssten die Deutschen sparen wie die Griechen, kämen unter anderem folgende Lasten auf sie zu: Beitragserhöhungen von durchschnittlich 530 Euro jährlich für jeden gesetzlich Krankenversicherten, empfindliche Kürzungen bei Renten und Arbeitslosengeld, höhere Mehrwert- und Kraftstoffsteuern. Im öffentlichen Dienst stünden 460.000 Jobs auf dem Spiel.

Das IMK empfiehlt, die Sparanforderungen für Griechenland zeitlich zu strecken. Modellrechnungen der Forscher zeigen, dass dadurch das Wachstum weniger stark geschädigt würde. Und damit wäre es einfacher, die Konsolidierungsziele zu erreichen. Zudem solle die griechische Regierung den

Sparen wie in Griechenland

Auf Deutschland übertragen würde das griechische Sparprogramm bedeuten ...

Öffentlicher Dienst

Die **Gehälter** von durchschnittlich 3.250 € im Monat werden um 490 Euro gekürzt

- 490 €
Gehalt/Monat

460.000 **Stellen** werden gestrichen

- 460.000
Beschäftigte

Sozialversicherungen

Rentenempfänger müssen im Schnitt auf 1.000 € im Jahr verzichten

- 1.000 €
Rente/Jahr

Der Beitrag der **Gesetzlichen Krankenversicherung** erhöht sich um 530 Euro im Jahr

+ 530 €
Krankenversicherung

Empfänger von **Arbeitslosengeld** müssen auf 900 € jährlich verzichten

- 900 €
Arbeitslosengeld

Steuern

Die **Mehrwertsteuer** wird von 19% auf 22% erhöht

22%
Mehrwertsteuer

Steuern auf **Benzin, Zigaretten und Alkohol** erhöhen sich um 33%

+ 33%
Mineralölsteuer

Quelle: IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Sparkurs sozial ausgewogener gestalten und Vermögende stärker heranziehen. ◀

* Quelle: Gustav A. Horn u.a.: Voraussetzungen einer erfolgreichen Konsolidierung in Griechenland. IMK Report 66, Oktober 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Keine Krisenlösung ohne EZB

Ohne die Hilfe der EZB ist die Krise einzelner Euroländer nicht mehr zu bewältigen. Dazu bräuchte die Notenbank jedoch eine eindeutige Rückendeckung der Mitgliedstaaten, so Silke Tober, Expertin für Geldpolitik des IMK.*

Seit dem Beginn der Vertrauenskrise bei Staatsanleihen steht die Europäische Zentralbank zunehmend in der Kritik. Die eine Gruppe von Kritikern moniert, sie gehe ohne demokratische Legitimation erhebliche finanzielle Risiken ein. Der anderen gehen die Rettungsversuche der Notenbank nicht weit genug: Sie sollte viel breittflächiger Staatsanleihen der in Bedrängnis geratenen Mitgliedsländer kaufen, um der Krise entgegenzuwirken.

Geldpolitik-Expertin Tober hat die zunehmende Verschärfung der Krise untersucht. Ihr Fazit: Die Politik müsse rasch das Vertrauen an den Finanzmärkten wieder herstellen und die Konjunktur der Euroländer stabilisieren. Anderenfalls drohe eine Bankenkrise, eine lang währende Stagnationsphase oder gar ein Auseinanderbrechen des Euroraums. Die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms und der geplante Schuldenschnitt für Griechenland reichten längst nicht aus um zu verhindern, dass immer mehr Euroländer auf den Finanzmärkten mit nicht tragbaren Zinsforderungen konfrontiert würden.

Den mangelnden Erfolg der Krisenpolitik der Euroländer führt Tober auf zwei Faktoren zurück:

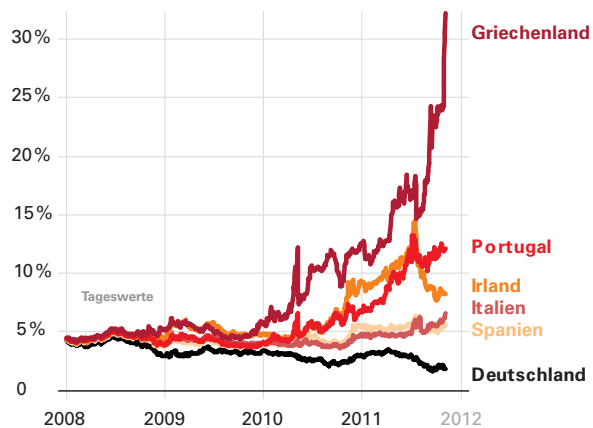
- ▶ Der politische Umgang mit der Krise habe die Ansteckungsgefahr nicht gebannt. Inmitten einer Vertrauenskrise nur zögerlich Hilfen zu gewähren, zunächst prohibitiv hohe Zinsen für Hilfskredite zu verlangen und dann eine private Gläubigerbeteiligung ins Spiel zu bringen, bedeutet „Öl ins Feuer zu schütten“, so Tober.
- ▶ Derzeit versuchten alle Mitgliedstaaten gleichzeitig, ihre Schulden zu reduzieren. Die Konsolidierung dämpfe jedoch die Nachfrage und damit die Produktion. Dadurch, warnt die Volkswirtin, werde es schwerer, die Defizit- und die Schuldenquote zu reduzieren – wenn nicht gar unmöglich.

Mangelndes Vertrauen der Banken untereinander und die inkonsequente Krisenpolitik der Euroländer habe die EZB zum Eingreifen gezwungen: Bis Ende 2010 kaufte sie Staatsanleihen im Wert von insgesamt 74 Milliarden Euro, vornehmlich griechische, irische und portugiesische. Damit pumpte die Notenbank keine zusätzliche Liquidität in den Markt, betont die Forscherin. Das Eurosystem schöpfte die Liquidität in Höhe des Wertes der Staatsanleihenkäufe mit einer verzinslichen Termineinlage wieder ab. Als sich die Krise im August 2011 mit dem Anziehen spanischer und italienischer Renditen deutlich zuspitzte, wurde die Notenbank wieder aktiv. Ende Oktober hatte das Eurosystem bereits „Staatsanleihen für geldpolitische Zwecke“ im Wert von 173,5 Milliarden Euro in seiner Bilanz.

Besonders deutsche Zentralbanker kritisierten das. Die EZB habe mit den Käufen von Staatsanleihen „die Sankti-

Euroländer driften auseinander

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen betragen für...



Quelle: Reuters EcoWin 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

onsfunktion des Marktes geschwächt“, warnte zum Beispiel Ottmar Issing, der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank. Doch die Märkte haben die von Issing beschworene Disziplinierungsfunktion lange gar nicht wahrgenommen, zeigt Tobers Detailanalyse.

So blendeten viele Investoren die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum aus, auf die beispielsweise das IMK schon lange hinwies. Zudem hatten zwei der Krisenländer, Irland und Spanien, vor Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 Budgetüberschüsse und niedrige Staatsschuldenstände. Märkte, die sich an den Kriterien des Stabilitätspaktes orientieren, hätten somit im Vorfeld der Krise gar keinen Grund gehabt, diese Länder zu „disziplinieren“. Der Sanktionsmechanismus des Marktes habe also doppelt versagt. „Warum sollte man sich ihm jetzt anvertrauen?“, fragt die Wissenschaftlerin.

Der Euroraum komme aus dieser Krise nur heraus, wenn staatliche Insolvenzen ausgeschlossen werden, fasst Tober die Situation zusammen. Bislang habe die EZB wegen der fehlenden Rückendeckung der Mitgliedstaaten nur halbherzig agiert. „Stellen sich die Euroländer hinter den Euro und erklären, dass sie in der aktuellen Situation kein Land zahlungsunfähig werden lassen, so könnte und müsste das Eurosystem seine Bereitschaft zeigen, Staatsanleihenkäufe deutlich auszuweiten.“ Im günstigsten Fall würde allein die Ankündigung reichen, um die Märkte zu beruhigen.

Zugleich sollte die Wirtschaft des Euroraums wieder wachsen, was angesichts eines schwächelnden außenwirtschaftlichen Umfeldes nur möglich sei, wenn Länder ohne akute Schuldenprobleme die Rolle der Konjunkturlokomotive übernehmen. Die IMK-Expertin spricht sich dafür aus, dass sich gerade Haushalte mit höheren Einkommen und Vermögen an den Kosten der Krise beteiligen, denn diese hätten in der Vergangenheit am ehesten von der Liberalisierung der Finanzmärkte profitiert. Sie plädiert für eine erhöhte Einkommen- und eine Vermögensteuer in allen Euroländern, um die Schulden zumindest auf das Niveau vor der Finanzkrise zu reduzieren. ◀

* Quelle: Silke Tober: Die Europäische Zentralbank in der Kritik, IMK Report Nr. 67, November 2011

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Kündigungsschutz hilft über die Krise hinaus

Während der Wirtschaftskrise ist das Wachstum in Deutschland stark eingebrochen. Die Beschäftigung blieb jedoch stabil. Die Regulierung des Arbeitsmarktes trug entscheidend zur guten Job-Bilanz bei.

Die jüngste Wirtschaftskrise hat die Industrienationen der Welt ungefähr zeitgleich erfasst. Ausmaß und Länge der wirtschaftlichen Flaute waren jedoch sehr unterschiedlich – und auch die jeweilige Entwicklung am Arbeitsmarkt. So sank die Wirtschaftsleistung in den USA weniger stark als im OECD-Durchschnitt. Dennoch verloren enorm viele US-Amerikaner ihre Jobs. In Deutschland war genau das Gegenteil der Fall.

Forscher des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) haben umfassende Wirtschaftsdaten von 29 zumeist industrialisierten Staaten zusammengestellt. Anhand dieser ermittelten sie mithilfe multivariater Verfahren, welche Faktoren den Ausschlag gaben für die äußerst unterschiedliche Krisenperformance der Arbeitsmärkte.* Ihr Ergebnis: Den stärksten – positiven – Einfluss auf die Entwicklung der Beschäftigung hatten Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer, also zum Beispiel der deutsche Kündigungsschutz.

Weiterhin stellen sie einen positiven Zusammenhang fest zwischen der Arbeitsmarktperformance und

- ▶ einer starken Teilzeitquote vor der Krise sowie
- ▶ dem Ausmaß aktiver Arbeitsmarktpolitik, gemessen am Anteil entsprechender Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt.

„Die eindeutig positive Wirkung des Kündigungsschutzes auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes während der Krise mag im Licht der Flexicurity-Debatte überraschen“, merken die WIFO-Forscher an. Sowohl die OECD als auch die EU-

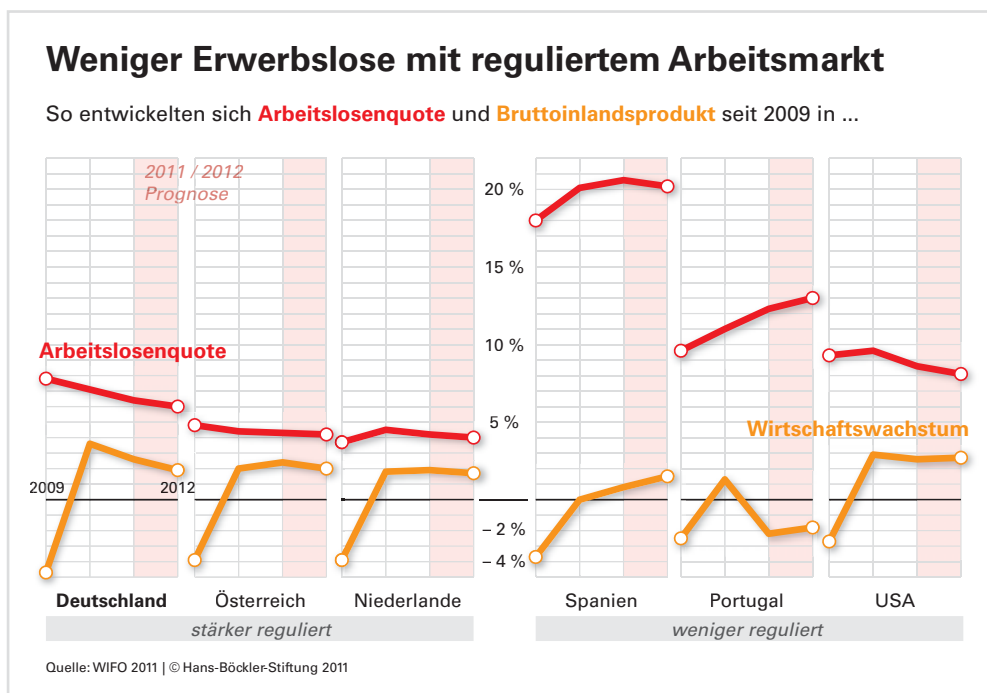
Kommission propagierten seit Langem, dass eine hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt die Anpassung an die jeweilige ökonomische Entwicklung erleichtere. Dies lasse sich anhand der vorliegenden Forschungsergebnisse jedoch nicht bestätigen.

Wie wirkt sich eine gute Arbeitsmarktperformance während der Wirtschaftskrise auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus? Auch diese Frage beschäftigte die Wiener Wissenschaftler. Denn regulierte Arbeitsmärkte, so die Annahme von EU-Kommission und OECD, konservierten überkommene Strukturen und hemmten somit das Wirtschaftswachstum.

Zur Überprüfung dieser These berechneten die Forscher, welche Auswirkungen die Arbeitsmarktentwicklung während der Krise auf die Wachstumsraten für 2011 und 2012

hat. Dazu zogen sie die Konjunkturprognosen der OECD heran. Für 2011 gilt: Eine gute Arbeitsmarktperformance während der Krise hat einen starken positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum nach der Krise. Im Jahr 2012 verringert sich dieser Effekt, ist aber immer noch vorhanden.

Gerade in Staaten wie Deutschland, Österreich und den Niederlanden, wo der wirtschaftliche Einbruch enorm, der Arbeitsmarkt aber relativ stabil war, erholte sich die Konjunktur bereits 2010, mit guten Prognosen für 2011, so die Autoren. Die Beschäftigung wird 2012 laut den Vorhersagen der OECD in allen drei Ländern höher sein als vor der Krise. In den Vereinigten Staaten, Spanien und Portugal hingegen, wo in der Krise viele Arbeitnehmer ihren Job verloren, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch.



„Besonders während einer schweren Rezession neigen Unternehmen dazu, einen Großteil ihrer Beschäftigten zu entlassen“, so die Forscher. Der dadurch entstehende Verlust an Humankapital schein die potenziellen Kosten einer verzögerten Anpassung an den strukturellen Wandel zu übersteigen. „Eine den Arbeitsmarkt stabilisierende Politik hilft also dabei, starke konjunkturelle Einbrüche schneller zu überwinden, bei geringeren sozialen Kosten.“ ◀

* Quelle: Karl Aiginger, Gerard Thomas Horvath, Helmut Mahringer: Why Labour Market Performance Differed Across Countries. The Impact of Institutions and Labour Market Policy, WIFO Working Paper, Heft 396/2011
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Angemessener Mindestlohn: Orientierungsmarken gibt es schon

Wie hoch sollte ein allgemeiner Mindestlohn sein? Deutsche und europäische Rechtsnormen sowie die Lohnuntergrenzen in Nachbarländern liefern Maßstäbe.

Noch gibt es in Deutschland keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn – anders als in 20 von 27 Mitgliedsländern der EU. Welches Einkommen mindestens nötig ist, um menschenwürdig leben zu können, dafür existieren aber durchaus Regelungen. Als Orientierung für einen gesetzlichen Mindestlohn bieten sich nach Analysen und Modellrechnungen des WSI mehrere Größen an: sozialstaatliche Standards wie die Pfändungsfreigrenze oder das Existenzminimum, eine der in der Wissenschaft verwendeten Armutsgrenzen oder die gesetzlichen Lohnuntergrenzen der europäischen Nachbarn.*

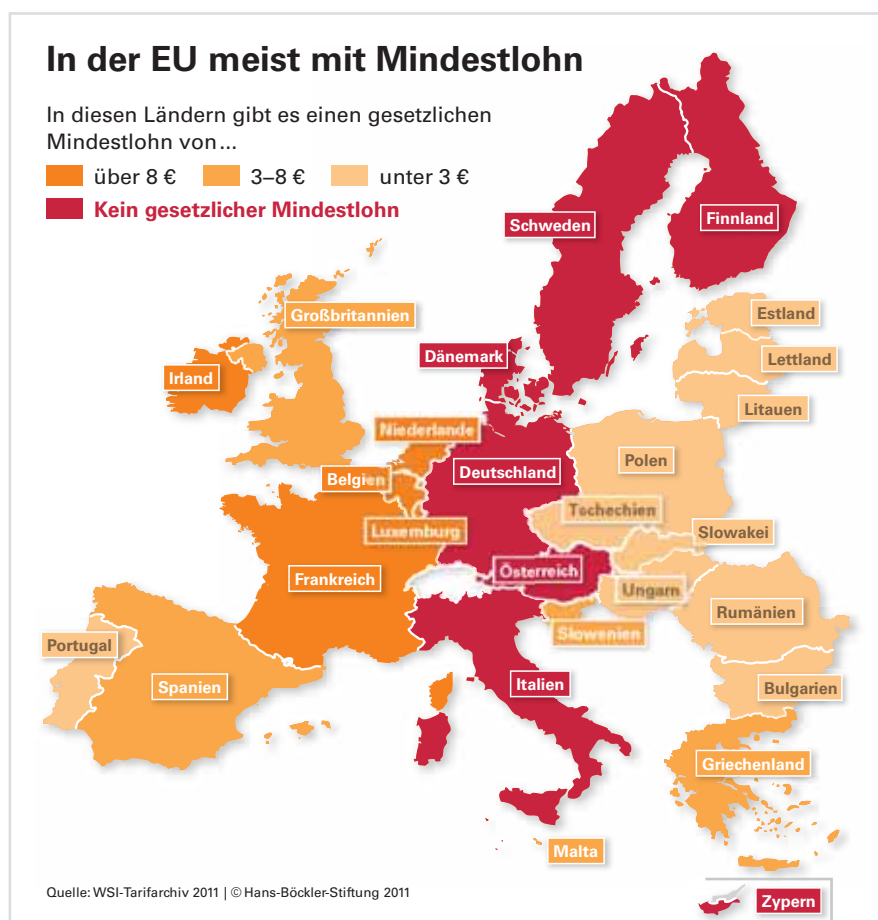
zu erzielen. Bei 40 Wochenstunden wären es 8,22 Euro, hat WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten berechnet.

Die Grundsicherung: Arbeitnehmer mit niedrigen Verdiensten haben ein Anrecht darauf, ihr Arbeitseinkommen mit Arbeitslosengeld II (ALG-II) aufzustocken. So erhält ein Alleinstehender ergänzendes ALG II, wenn er netto weniger als 1.054 Euro im Monat verdient. Diese Grenze ergibt sich aus 754 Euro ALG-II-Anspruch (Regelsatz plus durchschnittliche Kosten der Unterkunft) plus 300 Euro an Freibeträgen, die das Sozialgesetzbuch erwerbstätigen Grundsicherungsempfängern zugesteht. Um dieses Niveau zu erreichen, benötigt ein alleinstehender Beschäftigter mit 38 Wochenstunden einen Bruttolohn von 8,91 Euro, zeigt Schultens Berechnung. Mit einer 40-Stunden-Woche sind mindestens 8,50 Euro die Stunde notwendig.

Die Europäische Sozialcharta gibt eine verbindliche Mindestlohnnorm für Deutschland vor, gegen die jedoch regelmäßig verstoßen werde, so das WSI. Die Charta wurde 1964 von der Bundesrepublik ratifiziert. Sie definiert soziale Grundrechte wie eine kostenfreie Schulbildung, Arbeits- und Mutterschutz und enthält auch eine Mindestlohnklausel. Die Vertragsstaaten sollen sich an eine Untergrenze von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns im Lande halten. In Deutschland (Ost und West zusammen) lag diese Schwelle 2010 bei netto 8,12 Euro pro Stunde. Um sie zu erreichen, sind je nach wöchentlicher Arbeitszeit 12,24 bis 12,40 Euro Bruttolohn notwendig.

Die Grenze zur Lohnarmut bietet einen zusätzlichen Orientierungspunkt. Die internationale Armutsforschung zieht die relative Lohnarmutsgrenze in einem Land meist bei 50 Prozent des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens. Nach den derzeit aktuellsten Daten lag der durchschnittliche Bruttolohn in Deutschland 2010 bei 21,48 Euro pro Stunde. Ein Vollzeitbeschäftigter muss also mindestens 10,74 Euro verdienen, wenn er nach dieser Definition nicht als „arm trotz Arbeit“ gelten soll.

Die gesetzlichen Mindestlöhne in EU-Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftskraft wie Belgien, den Niederlanden und Frankreich sind derzeit zwischen 8,58 und 9 Euro die Stunde angesiedelt. In Luxemburg müssen mindestens 10,16 Euro gezahlt werden, in Irland 8,65 Euro, in Großbritannien umgerechnet 6,91 Euro. Dieser Wert ist jedoch von der



Die Pfändungsfreigrenze beschreibt ein gesetzliches Minimum für das Einkommen von Erwerbstätigen. Die Norm gilt in der Praxis zwar nur für überschuldete Personen, deren Einkommen gepfändet wird. Ein Gerichtsvollzieher muss einem alleinstehenden Erwerbstätigen im Monat derzeit einen Betrag von 1.030 Euro netto lassen, damit der seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Im Grundsatz ist diese Definition eines unteren Limits aber für alle Erwerbstätigen gültig, so das WSI. Ein alleinstehender Beschäftigter mit 38-Stunden-Woche müsste aktuell mindestens 8,62 Euro brutto pro Stunde verdienen, um netto ein Einkommen auf Höhe der Pfändungsfreigrenze

zu erzielen. Bei 40 Wochenstunden wären es 8,22 Euro, hat WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten berechnet.

Die gesetzlichen Mindestlöhne in EU-Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftskraft wie Belgien, den Niederlanden und Frankreich sind derzeit zwischen 8,58 und 9 Euro die Stunde angesiedelt. In Luxemburg müssen mindestens 10,16 Euro gezahlt werden, in Irland 8,65 Euro, in Großbritannien umgerechnet 6,91 Euro. Dieser Wert ist jedoch von der

anhaltenden Schwäche des Pfunds gegenüber dem Euro beeinflusst, so Schulden. Um den Währungsfaktor bereinigt läge der britische Mindestlohn deutlich über 8 Euro.

Die WSI-Mindestlohn-Forscher Thorsten Schulden, Reinhard Bispinck und Claus Schäfer halten es für unverzichtbar, die vorliegenden Maßstäbe bei der Festsetzung einer allgemeinen Lohnuntergrenze zu berücksichtigen. Ein Mindestlohn wirke nur ab einer ausreichenden Höhe, argumentieren die Wissenschaftler. „Wird er zu niedrig festgelegt, bekommt er nur kosmetischen Charakter oder noch schlimmer: Er legitimiert unter Umständen bisher als unzureichend angesehene Niedriglöhne.“

Durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, wie ihn etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund vorschlägt, würden rund fünf Millionen Beschäftigte finanziell besser gestellt. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung der Prognos AG im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Denn derzeit arbeiten nach den Prognos-Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels 1,2 Millionen Menschen für weniger als 5 Euro brutto in der Stunde. Weitere 2,4 Millionen verdienen zwischen 5 und 7,50 Euro pro Stunde. Noch einmal 1,4 Millionen Beschäftigte erhalten Stundenlöhne zwischen 7,50 und

8,50 Euro. Neben den Niedriglohnverdienern würden nach der Prognos-Expertise auch Staats- und Sozialkassen von einem gesetzlichen Lohnminimum profitieren, weil Transferzahlungen entfallen und mehr Steuer- und Sozialbeiträge fließen könnten. So würde ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro die öffentlichen Kassen um jährlich 7,1 Milliarden Euro entlasten. ◀


* Quellen: Thorsten Schulden, Reinhard Bispinck, Claus Schäfer (Hrsg.): Mindestlöhne in Europa, VSA-Verlag, Hamburg 2006; aktualisierte Berechnungen von Thorsten Schulden, November 2011; Oliver Ehrentraut u.a.: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, Mai 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Maßstäbe für einen Mindestlohn

Orientierung für die Bestimmung eines angemessenen Mindestlohns geben...

	die Pfändungs-freigrenze	Hartz IV	die Armuts-schwelle	die Europäische Sozialcharta
Definition	gesetzlich festgelegt	Lohn, bei dem kein Anspruch mehr auf zusätzliche Hartz-IV-Leistungen besteht*	50% des durchschnittlichen Bruttolohns von 21,48 €	60% des durchschnittlichen Nettolohns von 13,54 €
	1030,00 € netto pro Monat	1054,00 € netto pro Monat	10,74 € brutto pro Stunde	8,12 € netto pro Stunde

Je nach gewähltem Maßstab entspräche dies einem Mindestlohn pro Stunde (brutto)

bei einer 38-Stunden-Woche	 8,62 €	 8,91 €	 10,74 €	 12,24 €
40-Stunden-Woche	 8,22 €	 8,50 €	 10,74 €	 12,40 €

* bei Alleinstehenden; Quelle: Schulden 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Studien: Mindestlöhne kosten keine Jobs

Im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums haben sechs Forschungsinstitute untersucht, wie sich bereits existierende Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf die Beschäftigung in den davon erfassten acht Branchen auswirken. Die Wissenschaftler prüften die Entwicklung in der Abfallwirtschaft, im Bauhauptgewerbe, im Dachdecker- und im Elektrohandwerk, in der Gebäudereinigung, bei Malern und Lackierern, in der Pflegebranche und bei den Wäschereidienstleistungen. In keiner Branche stellen sie nennenswerte Konsequenzen für Beschäftigung oder Wettbewerb fest. Beispiel Elektrohandwerk: Hier gilt aktuell ein Mindestlohn von 9,70 Euro in West- und 8,40 Euro in Ostdeutschland. Die Lohnuntergrenze wurde 1997 eingeführt, 2003 aus- und 2007 erneut in Kraft gesetzt. Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung habe es an keinem dieser Punkte gegeben, fasste Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen das Evaluationsergebnis Ende Oktober zusammen.

Das deckt sich mit den Resultaten der bislang aufwändigsten Untersuchung von möglichen Beschäftigungseffekten durch angehobene Mindestlöhne in den USA. „Mindestlohn-Erhöhungen führen nicht zu kurz- oder langfristigen Jobverlusten bei Niedriglohnstätigkeiten“, so das Fazit der Studie, die eine Forschergruppe um Michael Reich, Profes-

sor an der Universität Berkeley, Ende 2010 veröffentlicht hat. Die Wissenschaftler untersuchten Erhöhungen von US-Mindestlöhnen zwischen 1990 und 2006. Dabei beobachteten sie ein konsistentes Muster: Fast immer verdienten Niedriglöhner nach der Anhebung besser, die Arbeitgeber hielten sich an die staatlichen Vorschriften. Vor allem aber reagierten die Unternehmen auf Anhebungen der Lohnuntergrenze nie mit so vielen Entlassungen, dass sich die Arbeitslosigkeit erkennbar erhöhte. Die lokalen Beschäftigungseffekte seien „nicht unterscheidbar von Null“, stellten die Wissenschaftler fest.

Die Berkeley-Untersuchung gilt unter Fachleuten als wegweisend. „Der verwendete Datensatz ist weit umfangreicher, der methodische Ansatz breiter als in früheren Untersuchungen“, erklärte Joachim Möller, Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, bei der Veröffentlichung. „Diese Arbeit stellt empirisch wie methodisch das Anspruchsvollste dar, was bisher zu den Effekten von Mindestlöhnen geforscht wurde“, sagt auch WSI-Tarifexperte Thorsten Schulden.

*Quelle: Arindrajit Dube, T. William Lester, Michael Reich: Minimum Wage Effects Across State Borders: Estimates Using Contiguous Counties, in: The Review of Economics and Statistics, November 2010

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Die Sache mit dem Einparken: Hirnforschung jenseits von Rollenklischees

Die moderne Hirnforschung sieht mögliche Begabungen von Frauen und Männern nicht mehr als biologisch vorgegeben und damit unveränderbar an. Viele Studien stellen noch nicht einmal Geschlechterdifferenzen fest.

„Seit mehr als 100 Jahren werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Gehirn gesucht – und angeblich gefunden“, so Sigrid Schmitz. Scheinbar natürliche Begabungen von Frauen für Sprache oder von Männern für Mathematik sollen die Eignung für bestimmte Berufsfelder erklären. Doch die Befundlage ist sehr widersprüchlich, stellt die Biologin und Professorin für Gender Studies an der Universität Wien fest. Während ihres Vortrags auf der diesjährigen Gleichstellungstagung der Hans-Böckler-Stiftung* zeigte sie auf: Auch die Naturwissenschaften gewinnen ihre Erkenntnisse nicht völlig wertfrei. Gesellschaftliche Vorstellungen über die Geschlechter beeinflussen ihre Arbeitsweisen, Methoden und Interpretationsvorgänge.

Die Hirnforschung hat sich in jüngerer Zeit als Leitwissenschaft herausgebildet, weil sie mit neuen Verfahren wie der Computertomografie den Blick ins lebende Gehirn verspricht. Damit habe sie den Anspruch, komplexe Phänomene mit neutralen technischen Verfahren sichtbar zu machen, erläutert die Professorin. Doch gehen den vermeintlichen Abbildern des Gehirns immer Entscheidungen voraus: Was kommt ins Bild und was nicht, was wird hervorgehoben, was tritt in den Hintergrund? Damit handele es sich nicht um abbildende Verfahren, sondern um Konstruktionen, so Schmitz. Sie erläutert dies anhand einiger Beispiele:

Sprache. Hier gelten Frauen als erfolgreicher. Einige Untersuchungen ergaben, dass Reime oder der Wortfluss bei Frauen schneller funktionieren. Ein Erklärungsansatz: Frauen verarbeiten Sprache mit beiden Hirnhälften, Männer nur einseitig. Bezogen auf das Abstraktionsvermögen oder den Wortschatz sind die Befunde jedoch widersprüchlich.

In einer besonders bekannten Studie mussten je 19 Männer und Frauen diverse Sprachaufgaben lösen. Lediglich bei der Reimunterscheidung fanden die Wissenschaftler im Mittel Unterschiede in der Hirnaktivität der Geschlechter. Und nur 11 der 19 untersuchten Frauen zeigten eine deutliche Aktivität in beiden Hirnhälften. „Dennoch wird diese Untersuchung immer wieder genutzt als der Beleg: Frauen arbeiten in der Sprache beidseitig, Männer einseitig“, kritisiert die Professorin.

Eine andere Forschergruppe ließ 100 Personen Wortpaar-Aufgaben lösen

Eine unausgewogene Mischung

Berufe mit hohem Männeranteil 2009

Maurer	99,8%	0,2%
Metall-/ Anlagenbau	98,4%	1,6%
Elektroberufe	95,4%	4,6%
Maler / Lackierer	94,3%	5,7%
Berufskraftfahrer	94,2%	5,8%
Soldat / Polizist	88,2%	11,8%
Ingenieur / Architekt	87,5%	12,5%
Dienst-/ Wachberufe	83%	17%
Lager / Transport	81,2%	18,8%

Berufe mit hohem Frauenanteil 2009

Kosmetikerin	3,4%	96,6%
Haus / Ernährung	5,1%	94,9%
Erzieherin	7,2%	92,8%
Gesundheitsberufe*	8,7%	91,3%
Friseurin	10,3%	89,7%
Gebäudereinigerin	11,5%	88,5%
Altenpflegerin	13,2%	86,8%
Verkäuferin	19,7%	80,3%
Lehrerin**	24,2%	75,8%

* Krankenschwester / Sprechstundenhilfe ** ohne Gymnasium
Quelle: Statistisches Bundesamt 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

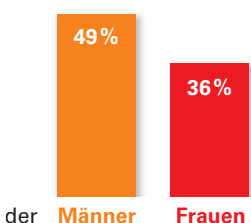
und konnte keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern feststellen. In jüngerer Zeit erschienen einige Meta-Analysen, die Ergebnisse vieler verschiedener Studien zusammenfassten. Diese konnten ebenfalls keine geschlechterübergreifenden Unterschiede ausmachen. Insbesondere in Untersuchungen mit einer geringen Anzahl von Probanden seien die Befunde widersprüchlich, so Schmitz. Insgesamt sei die Heterogenität innerhalb der Geschlechtergruppen häufig größer als zwischen den Gruppen.

Raumorientierung. Räumliches Vorstellungsvermögen gilt gemeinhin als Domäne der Männer, obwohl die wissenschaftlichen Belege dafür dünn sind. Bei einem Versuch mussten je zwölf Probanden mit einer Maus ein Computerlabyrinth durchfahren. Ergebnis: Im Mittel verarbeiteten Frauenhirne Objekte und Landmarken stärker, bei Männern dominierte die geometrische Orientierung. „Die Forscher betonen aber, dass alle Personen in allen Hirnregionen Aktivität zeigen“, präzisiert die Professorin.

Ein anderer Wegfinde-Versuch anhand einer alten Karte von Maastricht habe keine Unterschiede feststellen können. Die mögliche Erklärung: Den Studien liegen verschiedene methodische Auswertungen zugrunde. Es komme darauf an, ab welcher Schwelle Hirnaktivität als relevant angesehen wird, so Schmitz.

Berufswahl bleibt monochrom

2009 waren insgesamt ...



... in Berufsgruppen tätig, die zu über 80% von Personen des eigenen Geschlechts ausgeübt wurden.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010
© Hans-Böckler-Stiftung 2011

„Besonders in der populärwissenschaftlichen Verbreitung wird eher auf Untersuchungen Bezug genommen, die Unterschiede festgestellt haben“, kritisiert die Gender-Forscherin. Aus einer einzelnen Untersuchung mit zum Teil sehr wenigen Probanden werde geschlossen auf „die Frau“ oder „den Mann“. Forschung und Gesellschaft seien immer noch fokussiert auf die Suche nach Differenzen. „Das führt zu unzulässigen Generalisierungen.“

In der Wissenschaft habe sich die Diskussion inzwischen aber verändert. Die so genannte **Hirnplastizität** geht davon aus, dass Erfahrungen in sozialen Interaktionen das Gehirn verändern:

- ▶ Erwachsene Versuchspersonen, die früh mehr als eine Sprache erlernt haben, aktivieren in jeder Sprache ihre Hirnregionen gleich, ergab eine Untersuchung. Wer erst spät eine zweite Sprache lernt, nutzt in dieser Sprache sein Gehirn anders als in der ersten.
- ▶ Wer früh beidhändig Klavier spielt, also die beiden Gehirnhälften sehr stark zusammen trainiert, kann als Erwachsener mit beiden Händen ähnlich genau agieren. Denn das frühe Training bewirkt, dass die Verbindung zwischen

den beiden Hirnhälften in bestimmten Bereichen stärker ausgeprägt ist.

Zu Geschlechtererfahrungen und Veränderungen im Gehirn gebe es zwar keine Untersuchungen, gibt die Professorin zu bedenken. Doch zeigten die Studien: Befunde zur Hirnstruktur seien immer nur eine Momentaufnahme, besonders bei Erwachsenen mit ihren individuellen Biografien. In unserer Gesellschaft würden besonders Kinder und Jugendliche stark nach Geschlecht sozialisiert. Dadurch könnten biologische Strukturen und Funktionen zum Teil „gedert“ werden.

Auch die Übernahme von gesellschaftlichen Vorstellungen, der so genannte **Stereotype Threat**, beeinflusse die Leistung von Männern und Frauen: Wenn eine Aufgabe als Versuch zur räumlichen Orientierung präsentiert werde, lösen Männer sie schneller – wenn auch nicht unbedingt besser. Werde derselbe Versuch eher geschlechtsneutral präsentiert, minimieren sich die Unterschiede. ◀

* Quelle: Sigrid Schmitz: Frauen und Männer und „ihre Natur“ – zur Dekonstruktion biologischer Stereotype, Vortrag auf der 6. HBS-Gleichstellungstagung, 30. September 2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Gender

Klassische Rollenverteilung als Auslaufmodell

Vorstellungen über die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen sind in den vergangenen Jahren zunehmend egalitär geworden. Im Jahr 1991 glaubte noch die Hälfte der West- und ein Drittel der Ostdeutschen, der Platz der Frau sei allein in Haushalt und Familie. 17 Jahre später waren es 39 beziehungsweise 17 Prozent, so der aktuelle Datenreport.* Er wertete die Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) umfassend aus. Diese findet alle zwei Jahre statt und wird von Bund und Ländern finanziert.

Allerdings näherten sich die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Deutschen Einheit nicht an. Die Unterschiede vergrößerten sich sogar, denn im Osten gingen die traditionellen Vorstellungen stärker zurück als im Westen. Die Erwerbsbeteiligung der Frau sei in Ostdeutschland seit langem weiter verbreitet, führen die Studienauto-

ren an. Offenbar beeinflusse diese Erfahrung nachhaltig die „Geschlechterrollenideologie“.

Männer und Frauen unterscheiden sich insgesamt kaum hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Geschlechter. Bei verheirateten Frauen beeinflusst der eigene Erwerbsstatus ihre Vorstellungen jedoch erheblich: 2008 stimmte im Westen gut die Hälfte der

nicht berufstätigen, aber nur ein Fünftel der berufstätigen Frauen traditionellen Vorstellungen zu. Im Osten waren es 21 Prozent der nicht berufstätigen und lediglich 8 Prozent der berufstätigen Frauen.

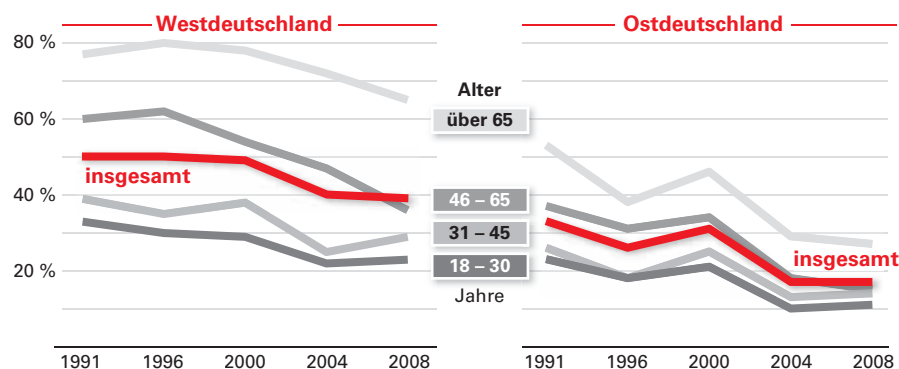
Große Auswirkungen auf die Einstellungen zur Rolle der Frau im Erwerbsleben hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind jüngere Menschen egali-

tärer eingestellt als ältere, zeigen die ALLBUS-Daten. Dies gilt gleichermaßen für West- wie Ostdeutschland. Im Osten wird der Abstand zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen allerdings kleiner.

*Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Datenreport 2011 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Oktober 2011

Traditionelle Rollenbilder: Im Westen hartnäckiger

„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um Haushalt und Kinder kümmert“, sagen in ...



Quelle: ALLBUS 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

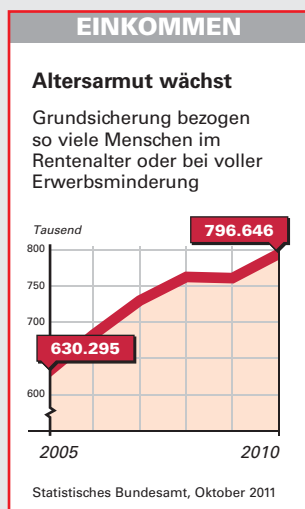
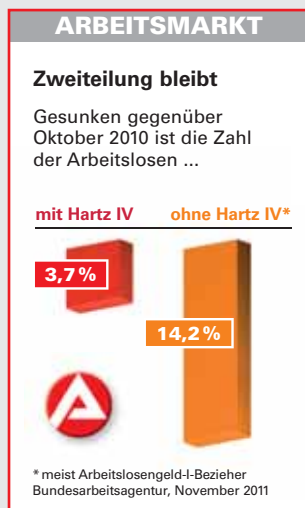
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Die realen Bruttolöhne sind im vergangenen Jahrzehnt leicht gesunken. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Von rückläufigen Realeinkommen waren nicht nur einzelne Arbeitnehmergruppen betroffen. Egal ob Frauen oder Männer, Teilzeit- oder Voll-

zeitbeschäftigte, Angelernte oder Studierende: Die Meisten konnten von 2000 bis 2010 keinen Zugewinn an Kaufkraft verbuchen. Knapp im Plus liegen nur die obersten 10 Prozent der Lohnempfänger. Der in Preisen von 2005 angegebene mittlere reale Bruttolohn lag der Studie zufolge 2010 bei knapp 19 Euro für Beschäftigte mit Hochschulabschluss. Arbeitnehmer, die

eine Lehre abgeschlossen hatten, bekamen etwas unter 13 Euro. Und Ungelernte mussten sich im Mittel mit knapp 9 Euro bescheiden. Alle drei Werte hatten im Jahr 2000 noch etwas höher gelegen. Die Zahlen beziehen sich auf die tatsächliche Arbeitszeit – unbezahlte Überstunden sind also eingeflossen und haben den Durchschnittslohn pro Stunde gesenkt. Weihnachts-

und Urlaubsgeld blieben außen vor. Die DIW-Forscher betonen, dass sich die schwache Lohnentwicklung nicht mit dem Strukturwandel begründen lasse. Der bis 2006 auf gut ein Fünftel der Beschäftigung gewachsene Niedriglohntor trage nur in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums zur Erklärung bei. DIW, November 2011